Einblicke

Oktober/November 2024

Berichte aus Fraktionen der Linken
im Landkreis Teltow-Fläming
www.dielinke-tf.de/kreistagsfraktion



Foto: privat

Fraktion Die Linke-Die PARTEI-PDS in der 7. Wahlperiode des Kreistages Teltow-Fläming: Felix Thier, Dr. Rüdiger Prasse, Doreen Schulze, Annekathrin Loy, Angelika Linke, Maritta Böttcher, Vize-Landrätin und Erste Beigeordnete Kirsten Gurske (parteilos), Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) (v. l. n. r.)

Rückblick auf die Sitzungen des Kreistages in Teltow-Fläming

Im September und Oktober gab es die 2. und 3. Sitzung des Kreistages. Nachfolgend finden sich einige Schwerpunkte.

Haushaltslage des Landkreises

Warum hat der Landkreis eine Haushaltssperre? Nun, im Sommer des Vorjahres steigen die Fachämter der Kreisverwaltung in die Planung des Haushaltes für das kommende Jahr ein. Mit Rücksicht auf die Kommunen sollte die Kreisumlage nicht zu hoch sein. Daraus folgte der Haushaltsentwurf, Einbringung in den Kreistag, Debatte in den Ausschüssen, Beschluss im Februar 2024. Das war die Zeitschiene. Ende des Jahres 2023 fand aber durch den Bund ein Flüchtlingsgipfel statt, übrigens ohne Beteiligung der Kommunen. Dort wurde erörtert, den Kommunen ein Prozent der Umsatzsteuererlöse zuzubilligen, um die erhöhten Sozialausgaben in Deutschland zu stemmen. Denn die Landkreise müssen zum Beispiel 30 Prozent der Kosten der Unterkunft (KdU) für Bedürftige bezahlen, der Bund übernimmt nur 70 Prozent. Auf diese Umsatzsteuer-Beteiligung warten die Kommunen bis heute, bald ein Jahr nach dem Gipfel. Aber die KdU steigen, Stichwort Miete, Energiekosten. Allein in Teltow-Fläming betragen die KdU 19 Millionen Euro.

Felix Thier ging als unser Fraktionsvorsitzender in seiner Rede tiefer auf das Thema ein.

Scan me!

Landkreis beendet Mitgliedschaft beim VAB

Die Ausrichtung des Vereins für Arbeitsförderung und berufliche Bildung e. V. (VAB) liegt heute im Bereich der Behinderten-, Senioren- und der Kinder- und Jugendarbeit. Damit entspricht das Portfolio des Vereins nicht mehr im ausreichenden Maß den Zielen der Wirtschaftsförderung, was eine kostenpflichtige Mitgliedschaft daher nicht mehr rechtfertigen würde. Die Verwaltung schlug dem Kreistag daher vor, auch mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation, die Mitgliedschaft im VAB zu kündigen. Angesichts der damit eingesparten 307 Euro haben wir uns als Fraktion schon gefragt, ob dieses kleine Sümmchen wirklich den Haushalt des Landkreises derart entlastet, dass eine Kündigung der Mitgliedschaft gerechtfertigt wäre. Denn immerhin hat eine Mehrheit aus der Mitte des Kreistages ja jüngst entschieden, dass ein Kreistagsmitglied den Vorsitz im Kreisausschuss führt. Und das kostet immerhin rund 12.000 Euro(!) jährlich mehr. In Summe konnte unsere Fraktion dieser Vorlage also nicht ruhigen Gewissens zustimmen. Der Kreistag votierte geschlossen mit Ja, bei uns gab es einige Enthaltungen.

Wiedereinführung von Altkennzeichen

Eine persönliche Bemerkung vorab: Haben wir keine anderen Sorgen als uns um alte Autokennzeichen zu kümmern? Jüngst feierte der Landkreis Teltow-Fläming 30. Geburtstag. Seit über 30 Jahren gibt es also »TF«, seit über 30 Jahren fahren die Einwohner*innen mit dem Kennzeichen »TF« auf dem Nummernschild durchs Land. Das bedeutet Identität, Regionalität, Wiedererkennung. Schlichtweg eine Marke. »TF« ist ein Begriff. Die Städte Zossen und Jüterbog wollen dennoch zurück zu »ihren« Altkennzeichen. So zumindest die Beschlüsse des jeweiligen Stadtparlamentes. Daher befasste sich die Kreisverwaltung nun mit dem Thema und brachte einen Beschlussvorschlag in den Kreistag ein, mit dem Ziel, die Altkennzeichen »LUK«, »JB« und »ZS« wieder zu reaktivieren. Die Abstimmung dazu ging divers aus: eine sehr große Mehrheit war für die Altkennzeichen. Es gab nur wenige Enthaltungen, auch bei uns. Im Übrigen stimmten wir gegen die Altkennzeichen.

ÖPNV in Teltow-Fläming

In einer Informationsvorlage hat die Verwaltung die aktuelle Lage beim ÖPNV im Landkreis zusammengefasst. Hintergrund war, dass immer wieder aus dem politischen Raum Forderungen nach mehr Buslinien bzw. allgemein einem noch besseren Angebot erhoben werden. Viele Linien fahren im dicht besiedelten Norden des Kreises, im ländlich geprägten Süden ist der Rufbus oft das einzige Mittel zur Sicherung der Grundversorgung. Den Schulbusverkehr kann man kaum als Grundversorgung werten, fährt er doch nur zweimal am Tag und in den Ferien und am Wochenende gar nicht. Plusbus-Linien gelten als Ergänzung zu den bestehenden Linien. Und alles in allem hat das SPD-regierte Land Brandenburg vor Jahren beschlossen, dass der ÖPNV kommunale Aufgabe sei - aber eine freiwillige. So musste das Land nämlich bei dieser Aufgabenübertragung nicht darauf achten, dass diese Aufgabe ausfinanziert ist. Somit ist der ÖPNV in den Landkreisen einer nach Kassenlage. Und aktuell stehen die rund zwölf Mio. Euro für den ÖPNV in Teltow-Fläming für rund vier Prozent Kreisumlage. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, wenn zum einen aus den Kommunen die Forderung nach noch mehr Buslinien kommt, auf der anderen Seite die Kommunen den Landkreis aber wegen der Höhe der Kreisumlage verklagen.
Die Bettdecke ist allgemein zu kurz, an allen Enden wird aber gezogen. Nur ein auskömmlich und vor allem als pflichtig finanzierter ÖPNV kann dieses Problem lösen. Hier muss das Land liefern! Wir sind gespannt, was sich SPD und BSW in ihren Koalitionsverhandlungen dazu einfallen lassen …

Felix Thier, *Luckenwalde,*
Vorsitzender der Kreistagsfraktion

Teltow-Fläming

Zur Haushaltslage und eine Klarstellung

In den letzten Wochen las man so einiges zur Haushaltslage des Landkreises. Besonders die örtliche Presse und einige Kreistagspolitiker*innen überboten sich in der politischen Stimmungsmache geradezu.

Ohne Schaum vor dem Mund hier die Fakten:

1. Aufgaben, die der Bund und das Land nach unten geben, müssen ausfinanziert sein – sowohl für die Gemeinden und Städte als auch für die Landkreise. Das ist aktuell das größte Haushaltsproblem in den Brandenburger Landkreisen und auch bei uns in Teltow-Fläming. So hat beispielsweise der Landkreis Havelland vor Kurzem sein Defizit per Nachtragshaushalt mit 18,5 Mio. Euro aus seinen Rücklagen kompensieren müssen. Die kommunale Ebene leistet 24 Prozent der staatlichen Aufgaben, erhält aber nur 14 Prozent der Gelder dafür. In finanziell guten Zeiten ist das kompensierbar. Aber wie der Deutsche Landkreistag – mitnichten ein Gremium der Linken – feststellt: der Abschluss des Jahres 2023 erbrachte einen Fehlbetrag von sechs Mrd. Euro.

Bundeskanzler Olaf Scholz' (SPD) Flüchtlingsgipfel im November 2023 wollte das teilweise kompensieren, durch Weitergabe von einem Prozent der Umsatzsteuer. Bis heute ist davon aber bei den Kommunen Null (!) angekommen. Noch eine Zahl: Der Landkreis Teltow-Fläming ist nach Willen des von der SPD regierten Landes Brandenburg per Gesetz Aufgabenträger für den busbezogenen ÖPNV. Aber wie er den finanziert, ist ihm freiwillig gestellt. Schlau aus Sicht des Landes – denn wenn nicht, müsste sich das Land ja an den Kosten beteiligen! Die Hälfte der voraussichtlich in Teltow-Fläming fehlenden 25 Mio. Euro sind übrigens ausschließlich Kreismittel zur Finanzierung des ÖPNV. Nun kann man fragen, warum der Landkreis seine finanziellen Sorgen nicht auch (zum Teil) wie das Havelland mithilfe seiner Rücklagen mindert. Schließlich wurde ja in der Vergangenheit immer wieder von diversen Stellen betont, wie »reich« der Landkreis TF doch dank seiner Rücklagen sei.

Damit kommen wir zu Punkt zwei.

2. Rücklagen stehen nicht zur Verfügung, weil 70 Mio. Euro aus den Rücklagen des Landkreises in Prozesskostenrückstellungen für Klageverfahren zu Widersprüchen von einzelnen Städten und Gemeinden Teltow-Flämings gegen die Kreisumlagezahlungen der letzten Jahre gebunden sind. Wann Gerichte zu den Klagen urteilen, ist offen. Eine vorhergehende außergerichtliche Lösung würde dem Landkreis und den Gemeinden und Städten dienen.
3. Die Haushaltssperre des Landkreises wurde gesetzeskonform allein vom Kämmerer verhängt. Umgehend haben die Landrätin und der Kämmerer reagiert und die eigentlich geplanten Haushaltsmittel, die mit der Sperre nicht mehr verfügbar waren, für die Kultur-, Sport- und Sozialförderung aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse umgeswitcht. Das unterstützen wir als Kreistagsfraktion Die Linke / Die PARTEI-PDS, denn wir stehen für einen Sparkurs mit sozialem Augenmaß.
4. Und natürlich wollen wir mit dem Geld des Landkreises sparsam und wirtschaftlich umgehen – es ist das Geld von Steuerzahlenden! Dazu gehört, dass die Zulassungsstelle des Landkreises endlich an einem Standort konzentriert wird und die Zweigstelle geschlossen wird. Das brächte in drei Jahren gut eine Million Euro an Einsparungen.

Abschließend noch die Klarstellung zu einem „Disziplinarverfahren gegen die Landrätin": Es gibt keines! Bisher gibt es lediglich einen Antrag auf ein solches Verfahren von einem einzelnen(!) Gemeindevertreter einer Gemeinde. Das ist zu prüfen. Und hierbei ist nicht der Kreistag oder die untere Kommunalaufsicht in der Verantwortung, sondern einzig und allein das zuständige Landesministerium.

Felix Thier,
Luckenwalde, Vorsitzender der Kreistagsfraktion

Großbeeren

Der Kampf ums Rathaus hat begonnen


Foto: J. Klemt

Robert Kosin

Während in Großbeeren, wie auch in anderen Kommunen, die Diskussionen und das Ringen um den Haushalt begonnen haben und das kommunalpolitische Geschehen bestimmen, ging es Abseits der Gemeindevertretung in den letzten Wochen hoch her. Die CDU machte direkt Nägel mit Köpfen und präsentierte mit Martin Wonneberger bereits ihren Kandidaten für die erst Anfang 2026 stattfindende Bürgermeisterwahl. Die Mitglieder der CDU wählten den Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Gemeindevertretung Mitte September und eröffneten damit ganz offiziell den Kampf ums Rathaus. Und dieser wird, aller Bekundungen zum Trotz ein Miteinander zwischen Verwaltung und Gemeindevertretung zu finden, wieder in die Sitzung der Gemeindevertretung getragen.
Statt konsequente Sachpolitik, nur emotionalisierte Ego-Politik. Der während des Kommunalwahlkampfes in der ersten Jahreshälfte und noch während der ersten Gemeindevertretersitzung Anfang Juli einhellig beschworene Willen zur Zusammenarbeit im Sinne der Bürger*innen, brach bereits bei der zweiten Sitzung im August wieder zusammen. Wechselseitig erhoben der Hauptverwaltungsbeamte und mehrere Gemeindevertreter lautstark ihre Stimmen und machten dem Gegenüber Vorwürfe, nicht im Interesse Großbeerens zu handeln. Die Differenzen zwischen Kommunalpolitikern und Bürgermeister werden wohl so schnell nicht gelöst. Und all das vor den Augen zahlreicher Eltern sowie Erzieher*innen der Kita Löwenzahn, die um den Fortbestand ihrer Kita fürchten müssen.
Ein weiterer unwürdiger Auftritt des Bürgermeisters beschäftigte Großbeeren ebenso. Er nutzte leider die Bühne des Gedenkens an die Opfer des Faschismus, das alljährlich am zweiten Septembersamstag in Großbeeren stattfindet und an dem auch dieses Jahr selbstverständlich wieder eine Delegation des Linken-Regionalverbandes TGL teilnahm, zu Wahlkampfzwecken. Statt Überparteilichkeit walten zu lassen und dem Gedenken angemessen würdige Worte zu finden, schoss er weit über das Ziel hinaus und griff die CDU in seiner Rede direkt und scharf an. Er warf ihr, in Anwesenheit von Nicole Godard, Tochter eines Überlebenden des Lagers vor, mit den AfD-Nazis gemeinsame Sache zu machen. Die Präsidentin der französischen »Föderation der Opfer und Überlebenden der nationalsozialistischen Arbeitserziehungslager« fand dann in ihrer eindrucksvollen Rede aber versöhnliche Worte. Mahnte aber dazu, wachsam zu sein.

Robert Kosin, *Großbeeren*

Luckenwalde

Bericht aus dem **Stadtparlament Luckenwalde**



Foto: privat

Die Mitglieder der Fraktion Die Linke/BV/LÖS/Die PARTEI-PDS: Jochen Neumann, Andreas Krüger, Monika Nestler, Felix Thier, Marie-Luise Goedicke, Martin Zeiler und Dr. Anja Jürgen (v. l. n. r.)

Luckenwalder Turmfest

Das Turmfest beschäftigt die Stadtpolitik schon seit einigen Jahren kontrovers. Zahlreiche Verbesserungen wurden angemahnt, oft wurde über das bisherige Konzept sowie die Finanzierung gestritten. Nunmehr hatte sich eine überfraktionelle Arbeitsgruppe zusammen mit der Stadtverwaltung gefunden, um Veränderungen zu besprechen. Am Ende bewegt alle Beteiligte eines: Das Turmfest attraktiv und erfolgreich zu gestalten. Im Ergebnis dessen bat die Stadtverwaltung nun um die Erlaubnis für die Vertragsabschlüsse für das Turmfest 2025. Bedingung für unsere Zustimmung war, dass die Verwaltung sich darum kümmert, dass das Fest nicht mehr in Konkurrenz mit anderen großen Volksfesten der Region am gleichen Wochenende steht. Ebenso war uns wichtig, dass verstärkt auch Gastrobetriebe aus Luckenwalde auf dem Turmfest Umsatz machen können sowie Geschäfte auf dem Boulevard und am Markt zum Turmfest-Wochenende öffnen können, wenn sie es wollen. Unter anderem diese Punkte als Forderung an den Generalunternehmer für das kommende Turmfest wird die Stadtverwaltung in die Vertragsverhandlung mitnehmen. Unsere Fraktion sowie die SPD-B90/Grüne-Fraktion und fraktionslose Stadtverordnete hat das überzeugt, es gab Zustimmung. Den Vertragsabschluss für das Turmfest 2025 haben die Fraktionen GfL und CDU abgelehnt. Es gab zwei Enthaltungen.

Bündnis gegen Antisemitismus

Der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus, Andreas Büttner, der im Juni vom Landtag in sein Amt berufen worden ist, hat sich an Kommunen gewandt, um zur Gründung eines Bündnisses gegen Antisemitismus einzuladen. Gedenkveranstaltungen sind Momentaufnahmen, die Wissen begründen und Erinnerungen wachhalten. Sie können dazu beitragen, Antisemitismus zu bekämpfen. Es werden aber nicht alle Menschen erreicht, die eine ablehnende Gesinnung gegenüber Juden und/oder dem Existenzrecht des Staates Israel haben. Auch wenn der offene Antisemitismus nach dem Massenmord im Nationalsozialismus nicht mehr gesellschaftsfähig war, löste sich das damit verbundene antisemitische Gedankengut nicht in Luft auf. Antisemitische Vorurteile sind langlebig genug, um immer wieder neue Generationen von Menschen zu erreichen, unabhängig davon wo sie leben und welche politischen Auffassungen sie haben. Ausdruck dessen sind z. B. Hakenkreuzschmierereien, die auch in Luckenwalde heute noch vorkommen. Die Stadt Luckenwalde will dem Bündnis beitreten. Zum einem ist das der Ausdruck einer Haltung. Zum anderen ist so ein Austausch mit anderen Bündnispartnern und dem Antisemitismusbeauftragten an die Erwartung geknüpft, von den anderen für die eigene Arbeit lernen zu können und Anregungen zu erhalten. Zum anderen kann auch die Stadt vielleicht durch ihre Formate und Erfahrungen andere inspirieren. Für dieses gesamtpolitisch wichtige Thema wollte unsere Fraktion ein klares Bekenntnis der Luckenwalder Stadtverordneten. Wir haben daher namentliche Abstimmung für diese Beschlussvorlage verlangt. Alle waren dafür.

Den **Bericht zur November-Sitzung** lesen Sie **HIER:**

Scan me!

Felix Thier,
Fraktionsvorsitzender

Ludwigsfelde

Ludwigsfelde nach der Kommunalwahl

Auch Die Linke in der größten Stadt unseres Landkreises konnte sich dem allgemeinen Trend leider nicht entziehen. Wir verloren drei unserer fünf Mandate und sind als Linke zukünftig zu zweit in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Wie auch in den vergangenen zwei Legislaturperioden beschlossen die »Frauen in Ludwigsfelde« , mit uns zusammen die Politik in der Stadt zu gestalten und bilden mit uns die gemeinsame Fraktion »Die Linke/FiLu« . Als »Dreiergruppe« sind wir nun die viertgrößte Fraktion in der Stadt. Die Stadtverordnetenversammlung besteht nach der Konstituierung aus sieben Fraktionen und einem fraktionslosen Stadtverordneten. In Ludwigsfelde gibt es lediglich drei Fachausschüsse und den Hauptausschuss, der durch den Bürgermeister geleitet wird. Dennoch haben wir es geschafft, dass wir mit unserem Fraktionsmitglied Angelika Linke einen der beiden Stellvertreter der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung stellen dürfen. Angelika Linke hat sich dabei deutlich gegen den AfD-Kandidaten durchgesetzt.
Die AfD stellt mit fünf Stadtverordneten die drittgrößte Fraktion in der Stadt. Das Erstarken der Rechtspopulisten auch in unserer Stadt sowie das in Teilen ungerechtfertigte Anwachsen der SPD bilden gewissermaßen eine Zäsur in unserer Kommune. Auf der einen Seite die Sozialdemokrat*innen, die aufgrund ihrer acht Stadtverordneten vor Kraft nicht mehr laufen können. Auf der anderen Seite fünf Stadtverordnete der AfD, die den Gepflogenheiten der Kommunalpolitik sehr unbedarft und skeptisch gegenüberstehen. Daraus ergibt sich die Aufgabe für die anderen Fraktionen, die Stadtpolitik gemeinsam verantwortungsvoll zu gestalten und andererseits der »Bürgermeisterpartei« SPD aufzuzeigen, dass wir anderen nicht nur bloße »Abnicker« ihrer Initiativen und Vorschläge sind.


Foto: privat

Angelika Wodtke, Silvio Pape und Angelika Linke bilden die Fraktion Die Linke/FiLu.

Schon die zweite Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zeigte durch gemeinsame Änderungsanträge zur Geschäftsordnung auf, dass wir anderen, kleineren Fraktionen in der Lage sind, uns in der Sache zusammenzutun und eigenständig und selbstbestimmt mitzumischen, um die Interessen der Einwohner*innen kompetent zu vertreten.

Silvio Pape,
Fraktionsvorsitzender

Rangsdorf

Gelebte Jugend-beteiligung von links

Schon seit dem Jahr 2019 verfügt die Gemeinde Rangsdorf über einen Kinder- und Jugendbeirat, der die Gemeindevertretung zu Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, berät und eigene Projekte organisiert. Im Zuge der Änderung der Brandenburgischen Kommunalverfassung im Sommer 2024 ergänzte der Landtag in Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Kinder- und Jugendgremien Brandenburg (DKJB), dem neben dem Rangsdorfer Jugendbeirat unter anderem auch das Äquivalent aus der Stadt Baruth/Mark angehört, diese um einige wichtige Regelungen, die die Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene betrifft.
Solche Beteiligungsprogramme sind nunmehr verpflichtend und klar definiert. In der Muster-Hauptsatzung des Städte- und Gemeindebundes wurden entsprechende Passus ergänzt. Auch in Rangsdorf kommen mit der neuen Wahlperiode viele Änderungen: Die ehemalige Vorsitzende des Jugendbeirates, Emily Dobrawa, konnte ihr Amt nicht weiterführen, da sie für die FDP in die Gemeindevertretung einzog. Einige andere Mitglieder mussten aufgrund der schlechten Lebensbedingungen für junge Menschen in Rangsdorf – unverschämt hohe Mieten, schlechte Anbindung nach Berlin und Potsdam, usw. – unseren schönen Ort leider verlassen. Und auch die Gemeindevertretung war sich über das Wahlverfahren des Jugendbeirates auf einmal unsicher, sodass sie die Benennung um drei Monate verzögerte. Unter diesen Verwerfungen und Zuständen litt vor Allem die Mitgliederzahl des Jugendbeirates, die von zwölf auf sechs schrumpfte. Ein Aderlass, der uns viele Kapazitäten kostet. Doch trotzdem werden wir selbstverständlich auch weiterhin mit ganzer Kraft die Interessen der Kinder und Jugendlichen in Rangsdorf vertreten. Eine positive Nachricht hingegen ist die Wahl des neuen Vorsitzenden: Simon Krüßmann, seit 2022 Mitglied der Linken, wurde mit vier zu zwei Stimmen gewählt, den Beirat und somit auch die Jugendlichen in Rangsdorf kommunalpolitisch zu vertreten.



Ein Trend zeichnet sich ab: Die Linke engagiert sich aktiv für diejenigen, die sonst keine Stimme haben. Wir kämpfen weiter!

Simon Krüßmann,
Rangsdorf

Teltow-Fläming

In einem Boot – Kommunen und Landkreis/Kreistag

Die Kreisarbeitsgemeinschaft Teltow-Fläming im Städte- im Gemeindebund hatte am 18. Oktober zu einer Beratung der Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörenden Gemeinden und Städte mit den Vorsitzenden der Fraktionen des Kreistages eingeladen. Bis auf Jüterbog waren alle Städte und Gemeinden durch ihre Hauptverwaltungsbeamten, also die Bürgermeister*innen, vertreten. Neben der Landrätin, Kornelia Wehlan (Die Linke) waren die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen Die Linke/Die PARTEI-PDS, der SPD/Grüne und BVB/FREIE WÄHLER anwesend. In den vier Teltow-Fläminger Sozialräumen Nord, Ost, West und Süd stellten die Kommunen ihre Stärken dar, ihren Handlungsdruck und gemeinsame Aufgabenfelder mit dem Landkreis. Von Bund- und Landespolitik für die Kommunen festgelegte Pflichtaufgaben müssen ausfinanziert werden und da sitzt die kommunale Ebene aus Kommunen und Landkreis gemeinsam in einem Boot. Gegenüber Bund und Land muss also alles versucht werden, dass zum Ausgleich der Fehlbeträge für gesetzliche Aufgaben nicht die Kommunalhaushalte herhalten müssen.
Dieser Austausch der Städte und Gemeinden mit der Kreisebene hat den gemeinsamen Blick auf die Stärken, Bedürfnisse und Herausforderungen an den Landkreis weiter geöffnet. In der Diskussion spielten die Lage, die Wirtschaft sowie die soziale Infrastruktur eine besondere Rolle. Die Bedürfnisse an den Landkreis wurden klar als Gemeinschaftsaufgaben formuliert. Diese Veranstaltung hat mich als langjährige Abgeordnete des Kreistages besonders beeindruckt, weil die Kommunen aktiv dabei waren und keine Fragen offengeblieben sind.



Erinnerungsfoto der Hauptverwaltungsbeamt*innen und Kreistagspolitiker*innen

Maritta Böttcher, *Jüterbog, Vorsitzende der Kreistagsfraktion*

Impressum

Herausgeber: Die Linke Kreisverband Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 01. November 2024
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.500
November 2024, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.